

**Einstimmiger Beschluss
der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands München
am 5. Dezember 2006**

„Resolution des
Regionalen Planungsverbands München für die 2. S-Bahn-Stammstrecke

Der Regionale Planungsverband München unterstützt die Planungen zum
Neubau einer 2. S-Bahn-Stammstrecke und fordert ihre baldige Realisierung.

Die Realisierung dieser zweiten S-Bahnstammstrecke ist unerlässlich für die
Bewältigung des zukünftigen regionalen Verkehrs. Die S-Bahn als Rückgrat des
Regionalen ÖPNV hätte ohne den zweiten Tunnel keine
Entwicklungsperspektive. Weitere Zunahmen von Arbeitsplätzen und
Einwohnern in der prosperierenden Region München werden zu einem
deutlichen Verkehrsanstieg in Stadt und Umland führen. Bis 2015 werden die
Verkehre voraussichtlich um ca. 20 % ansteigen. Die heutige Kapazität der
Stammstrecke ist ausgereizt. Nur mit der 2. S-Bahn-Stammstrecke kann die
Münchner S-Bahn die kommenden Verkehrszuwächse aufnehmen.

Im Zusammenhang mit diesem Neubau müssen allerdings auch die
Schienenstrecken im Außenbereich entsprechend ertüchtigt und wo nötig
ergänzt werden. Nur dann kann sich eine mögliche Kapazitätserweiterung
des Regionalen ÖPNV durch den zweiten Tunnel in der ganzen Region positiv
auswirken.

Der Bau des zweiten Tunnels ermöglicht es unter anderem, einen
flächendeckenden 10-Minuten-Takt oder ein Expressbahnsystem einzuführen,
das die normale S-Bahn überlagert. Beide der bisher diskutierten Modelle
zeigen, dass mit einer 2. S-Bahn-Stammstrecke viele attraktive Optionen für ein
neues Fahrplankonzept bestehen. Die Untersuchungen, welches Konzept
oder welche Kombination aus beiden Konzepten den größten Nutzen für die
Fahrgäste bringt, werden fortgeführt.

Diese Attraktivitätssteigerung des Regionalen ÖPNV auf dem S-Bahnsystem ist
notwendig, um wenigstens einen Teil des zusätzlichen Verkehrs in der Region
München auf den ÖPNV zu bringen. Die jetzt schon durch Kfz-Verkehr hoch
belasteten Stadt-Umlandbereiche werden von dem Bau der 2. S-Bahn-
Stammstrecke profitieren.

Besondere Belastungen für Gemeinden und Städte im Zuge des Ausbaus
sollen so weit wie möglich vermieden werden.“